

Motion Fraktion GB/JA!/GPB (Daniele Jenni, GPB/Catherine Weber, GB/Simon Röthlisberger, JA!): Drive off WEF!

Das unter der Bezeichnung World Economic Forum WEF alljährlich in Davos abgehaltene Treffen jener, die sich anmassen, die Zukunft der Welt im Interesse der Reichen und Mächtigen global zu bestimmen, verursacht nicht nur dem Bund, dem Kanton Graubünden und der Gemeinde Davos laufend zunehmende Auslagen.

Auch anderen Gemeinwesen werden für immer umfassendere und eigengesetzlich auswachsende Sicherheitsstrukturen stets wachsende Kosten zugemutet, dies in einer Zeit der knapp gehaltenen Kassen und des Sparens zum Schaden sozialer Anliegen, der Umwelt, der Bildung, der Kinderbetreuung und der Zukunft der breiten Bevölkerungsmehrheit allgemein.

Es ist nicht einzusehen, weshalb Steuerzahlerinnen und Steuerzahler eine rein private Veranstaltung dieser Grössenordnung und weit ausserhalb ihrer Region mitfinanzieren sollten, obwohl sie davon rein gar nichts haben ausser Inkonvenienzen und weniger Geld für tatsächlich notwendige Aufgaben.

Zudem zeigt eine in der Coop Zeitung Nr. 4 vom 21. Januar 2004 publizierte Umfrage, dass die Hälfte der Schweizer Bevölkerung der Meinung ist, das WEF in Davos nütze in erster Linie den reichen Ländern, während nur 19% einen Nutzen für die gesamte Weltbevölkerung und gar nur 4% einen solchen für die armen Länder sehen.

Kosten der erwähnten Art entstehen auch für die Stadt Bern: Aufgeblasene und trotz angeblichem Personalmangel weit überzogene Sicherheitsdispositive zehren an den knappen Stadtfinanzen.

Mit dem Ziel, einer aktiv deeskalierenden Strategie bei Kundgebungen weiteren Raum zu geben und so anstelle zunehmender und kostspieliger Militarisierung im Verhältnis zu politischer Opposition auch einen schonenden Umgang mit öffentlichem Geldern zu pflegen, erhält der Gemeinderat folgende Richtlinien:

1. Einstellung der finanziellen und sicherheitspolitischen Beteiligung der Stadt Bern an mit dem WEF zusammenhängenden Tätigkeiten.
2. Aufnahme von Gesprächen mit anderen betroffenen Gemeinwesen (Kantone, Gemeinden, namentlich Städte) zwecks Abstimmung eines gemeinsamen Vorgehens in gleichem Sinne gegenüber Bund und WEF-Organisatoren.
3. Mitwirkungsabsage der Stadt Bern und der allenfalls weiteren zum selben Vorgehen motivierten Gemeinwesen an das WEF und entsprechend klarstellendes Gespräch mit dessen Leitung.

Bern, 22. Januar 2004

Motion Fraktion GB/JA!/GPB (Daniele Jenni, GPB/Catherine Weber, GB/Simon Röthlisberger, JA!), Michael Jordi, Martina Dvoracek, Natalie Imboden, Erik Mozsa

Antwort des Gemeinderats

Die Motion betrifft inhaltlich die Problematik der WEF-Unterstützung und damit einen Bereich, der in der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu.

Aufgrund der Gesuche des Bundes bzw. des Kantons Graubünden beteiligt sich die Stadt Bern mit Sicherheitskräften aus dem Polizeikorps am World Economic Forum (WEF). Es handelt sich dabei jeweils um einen interkantonalen Polizeieinsatz (einen sogenannten IKAPOL-Einsatz), der nach dem Konkordat über die polizeiliche Zusammenarbeit in der Nordwestschweiz abgewickelt wird.

Das Konkordat verpflichtet in Artikel 2 die Kantone der Nordwestschweiz sowie die Stadt Bern zur gegenseitigen polizeilichen Hilfe, insbesondere bei Grossanlässen. Das Stadtberner Stimmvolk hat dem Beitritt zu diesem Konkordat mit überwältigender Mehrheit am 28. November 1999 zugestimmt. Die Zusammenarbeit der Kantone stützt sich aber nicht nur auf das Konkordat, sondern hat weitere gesetzliche Grundlagen, die zum Teil Verfassungsrang haben. Artikel 44 der Bundesverfassung verankert die gegenseitige Hilfe und Solidarität zwischen den Kantonen, als auch gegenüber dem Bund. Es handelt sich dabei um eines der wichtigsten Prinzipien überhaupt und stellt die Grundlage für einen föderalistisch-funktionalen Staat dar. Der Wille zur Zusammenarbeit mit anderen Kantonen geht auch aus Artikel 2 der Kantonsverfassung hervor. Unbestritten ist, dass es sich bei der Wahrung des öffentlichen Friedens und der Sicherheit um eine Aufgabe handelt, die sowohl vom Kanton als auch von den Gemeinden wahrgenommen wird. Dies ist aus Artikel 37 der Kantonsverfassung ersichtlich.

Dass im Bereich der öffentlichen Sicherheit ein Bedürfnis nach Zusammenarbeit mit anderen Kantonen besteht, ist offenkundig. Der Bernische Gesetzgeber hat dies schon lange erkannt. Im Polizeigesetz des Kantons Bern ist darum in Artikel 14 explizit die Zusammenarbeit der Polizeibehörden des Kantons mit anderen Kantonen geregelt. Es handelt sich um die gesetzliche Grundlage für den Einsatz von kantonalen Polizeibehörden in anderen Kantonen. In Artikel 19 des Polizeigesetzes wird sodann unter der Marginalie „Besondere Stellung der Stadtpolizei“ festgehalten, dass auch die Stadtpolizei bei Bedarf vom Kanton Bern für Einsätze in anderen Kantonen angefordert werden kann.

Die Wahrung des öffentlichen Friedens und der Sicherheit ist eine der wichtigsten Staatsaufgaben überhaupt und weder Bund, Kanton noch Gemeinden können sich ihr verschliessen. Die Zusammenarbeit der öffentlich-rechtlichen Körperschaften auf allen Stufen dient letztlich der Sicherheit aller Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz.

Im Rahmen der rechtlichen Aufgaben, der erwähnten Solidarität und Zusammenarbeit ist die Stadt Bern gewillt, ihren Sicherheitsbeitrag an die Durchführung des WEF zu leisten. Der Gemeinderat weist dabei darauf hin, dass auch die Stadt Bern von dieser Zusammenarbeit profitiert und bei Bedarf auf die Unterstützung anderer Polizeikorps insbesondere aus der Nordwestschweiz zählen kann, wie das am WEF 2003 der Fall war. Von dieser gegenseitigen Hilfe profitiert die Stadt Bern aber nicht nur beim WEF, sondern auch bei anderen Grossanlässen, die auf dem Gebiet der Stadt Bern stattfinden. Sollte die Stadt Bern sich in Zukunft weigern, Angehörige ihres Polizeikorps beim WEF zur Verfügung zu stellen, wäre dies eine Verletzung des Konkordats, dem die Stadt Bern vor fünf Jahren beigetreten ist. Es wäre damit zu rechnen, dass auch die anderen Kantone und Gemeinden nicht mehr bereit wären, auf entsprechende Gesuche der Stadt Bern um polizeiliche Hilfeleistungen zu reagieren. Eine solche Isolation der Stadt Bern ist nicht wünschenswert und hätte unabsehbare Folgen für die öffentliche Sicherheit in der Stadt. Die Stadt Bern ist deshalb gewillt, auch in Zukunft ihrer verfassungsrechtlich, gesetzlich und im Konkordat verankerten Aufgabe zur polizeilichen Zusammenarbeit mit anderen Kantonen und Gemeinden zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit nachzukommen, unabhängig davon, welcher Natur der Anlass ist, der den Einsatz nötig macht.

Der Gemeinderat ist sich sehr wohl bewusst, dass über die Bedeutung des WEF verschiedene Ansichten herrschen. Der Bundesrat schätzt die Bedeutung des jährlichen WEF als sehr hoch ein; für den Bundesrat ist das traditionelle Treffen in Davos eine einmalige Gelegenheit, inter-

nationale Beziehungen zu pflegen und zu knüpfen. Dies geht aus den offiziellen Stellungnahmen des Bundes hervor. Gegenteilige Ansichten sind ebenfalls bekannt, und gemäss den Gesuchen um polizeiliche Hilfeleistungen bemühen sich der Kanton Graubünden und die Gemeinde Davos, diesen Stimmen eine Plattform zur Verfügung zu stellen. Generell ist es zu befürworten, dass die Schweiz mit dem WEF in Davos ein Forum besitzt, in dem der internationale Dialog gepflegt und gefördert werden kann und auch kritische Stimmen die Gelegenheit zur Meinungskundgebung erhalten.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 30. Juni 2004

Der Gemeinderat